Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2025/2137(INI)

17.11.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 141

Entwurf eines Berichts
Veronika Cifrová Ostrihoňová
(PE778.284v01-00)

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten – Bericht über die Jahre 2022 bis 2024
(2025/2137(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1367/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über die Anwendung der Bestimmungen des Übereinkommens von Århus über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten auf Organe und Einrichtungen der Union,

Or. en

Änderungsantrag 2
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das Urteil des EuGH vom 17. Juli 2024 in der Rechtssache T-689/21, Auken u. a./Kommission sowie T-761/21 Courtois u. a./Kommission[1a],
	[1a] Urteil des Gerichtshofs vom 17. Juli 2025, Auken u. a./Kommission, T-689/21, ECLI:EU:T:2024:476 und Courtois u. a./Kommission, T-761/21, ECLI:EU:T:2024:477.

Or. en

Änderungsantrag 3
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Berichte und Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs, insbesondere den Sonderbericht Nr. 11/2025 mit dem Titel „Transparenz der EU-Finanzierung für nichtstaatliche Organisationen“,

Or. en

Änderungsantrag 4
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den EU-Verträgen das Recht auf demokratische Teilhabe und transparente Entscheidungsfindung zuerkannt wird, wonach die Organe der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten gewähren müssen; in der Erwägung, dass dieses Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten, das durch die Verträge und die Charta geschützt ist, eine wirksame Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht[12]; in der Erwägung, dass der EuGH den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten als wesentlichen Bestandteil der partizipativen Demokratie bestätigt hat;	A. in der Erwägung, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den EU-Verträgen das Recht auf demokratische Teilhabe und transparente Entscheidungsfindung zuerkannt wird, wonach die Organe der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten gewähren müssen; in der Erwägung, dass dieses Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten, das durch die Verträge und die Charta geschützt ist, eine wirksame Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht[12]; in der Erwägung, dass der EuGH den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten als wesentlichen Bestandteil der partizipativen Demokratie bestätigt hat; ***in der Erwägung, dass der EuGH entschieden hat, dass die öffentliche Kontrolle von***

Informationen, auf deren Grundlage gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, eine Voraussetzung für die Ausübung demokratischer Rechte ist;

[12] Artikel 10 Absatz 3 EUV, ausgelegt im Sinne der Erwägung 13 seiner Präambel sowie der Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9, und Artikel 15 AEUV.

[12] Artikel 10 Absatz 3 EUV, ausgelegt im Sinne der Erwägung 13 seiner Präambel sowie der Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9, und Artikel 15 AEUV.

Or. pl

Änderungsantrag 5
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den EU-Verträgen das Recht auf demokratische Teilhabe und transparente Entscheidungsfindung zuerkannt wird, wonach die Organe der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten gewähren müssen; in der Erwägung, dass dieses Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten, das durch die Verträge und die Charta geschützt ist, eine wirksame Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht[12]; in der Erwägung, dass der EuGH den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten als wesentlichen Bestandteil der partizipativen Demokratie bestätigt hat;	A. in der Erwägung, dass den Bürgerinnen und Bürgern in den EU-Verträgen das Recht auf demokratische Teilhabe und transparente Entscheidungsfindung zuerkannt wird, wonach die Organe***, Einrichtungen, sonstigen Stellen und Agenturen*** der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten gewähren müssen; in der Erwägung, dass dieses Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten, das durch die Verträge und die Charta geschützt ist, eine wirksame Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht[12] ***und daher proaktiv ausgeübt werden sollte***; in der Erwägung, dass der EuGH den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten als wesentlichen Bestandteil der partizipativen Demokratie bestätigt hat;

[12] Artikel 10 Absatz 3 EUV, ausgelegt im Sinne der Erwägung 13 seiner Präambel sowie der Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9, und Artikel 15 AEUV.

[12] Artikel 10 Absatz 3 EUV, ausgelegt im Sinne der Erwägung 13 seiner Präambel sowie der Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 9, und Artikel 15 AEUV.

Or. en

Änderungsantrag 6
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass der EuGH betont hat, dass die öffentliche Kontrolle von Gesetzesinformationen für die Demokratie von wesentlicher Bedeutung ist und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre demokratischen Rechte wirksam auszuüben;	B. in der Erwägung, dass der EuGH betont hat, dass die öffentliche Kontrolle von Gesetzesinformationen für die Demokratie von wesentlicher Bedeutung ist und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre demokratischen Rechte wirksam auszuüben***, und dass die Entscheidungen so offen und bürgernah wie möglich getroffen werden müssen***;

Or. pl

Änderungsantrag 7
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Erwägung -B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass der EuGH betont hat, dass die öffentliche Kontrolle von Gesetzesinformationen für die Demokratie von wesentlicher Bedeutung ist und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre demokratischen Rechte wirksam auszuüben;	B. in der Erwägung, dass der EuGH betont hat, dass ***die Transparenz dem Gesetzgebungsprozess inhärent ist und dass*** die öffentliche Kontrolle von Gesetzesinformationen für die Demokratie von wesentlicher Bedeutung ist und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre demokratischen Rechte wirksam auszuüben;

Or. it

Änderungsantrag 8

Evin Incir

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 festgestellt wird, dass ein umfassenderer Zugang zu Dokumenten insbesondere dann gewährt werden sollte, wenn die Organe der Union im Rahmen übertragener Befugnisse als Gesetzgeber tätig sind; hebt hervor, dass insbesondere der direkte Zugang zu legislativen Dokumenten sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 9
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Behörden und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu Recht Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht erwarten und dass diese Erwartungen klar und nachvollziehbar erfüllt werden sollten;	C. in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Behörden und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu Recht Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht erwarten und dass diese Erwartungen klar und nachvollziehbar erfüllt werden sollten; ***in der Erwägung, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Organe, Einrichtungen, sonstigen Stellen und Agenturen der EU eine grundlegende Voraussetzung für Demokratie, gute Regierungsführung und eine wirksame Politikgestaltung der EU darstellt; in der Erwägung, dass die Grundsätze der Offenheit und Transparenz nicht nur für den Beschlussfassungsprozess gelten sollten, sondern auch für die Art und***

Weise, in der ein Text verfasst wird;

Or. en

Änderungsantrag 10
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Behörden und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu Recht Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht erwarten und dass diese Erwartungen klar und nachvollziehbar erfüllt werden sollten;	C. in der Erwägung, dass die Bürgerinnen und Bürger von den Behörden und den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu Recht Transparenz, Effizienz und Rechenschaftspflicht erwarten und dass diese Erwartungen klar und nachvollziehbar erfüllt werden sollten; ***in der Erwägung, dass Offenheit und verantwortungsvolle Verwaltungstätigkeit in der Arbeitsweise und den Beschlussfassungsverfahren der EU unerlässlich sind, um Vertrauen in die Union aufzubauen, und dass damit für eine größere Legitimität, Effizienz und Rechenschaftspflicht der Verwaltung im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger gesorgt wird;***

Or. pl

Änderungsantrag 11
Pekka Toveri

Entschließungsantrag
Erwägung C a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ca. in der Erwägung, dass die Rolle der Europäischen Bürgerbeauftragten von wesentlicher Bedeutung für die Wahrung des öffentlichen Zugangs zu

Dokumenten war, unter anderem durch die in dem Sonderbericht OI/2/2022/OAM enthaltenen Empfehlungen; betont, dass die Organe der Union sicherstellen müssen, dass die Europäische Bürgerbeauftragte diese Rolle auch weiterhin wirksam wahrnehmen kann;

Or. en

Änderungsantrag 12
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen ***und*** die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender Bedeutung ist;	D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen***,*** die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation ***durch feindselige Staaten und die Sicherstellung einer gerechten Funktionsweise der Organe und Einrichtungen der Union*** von entscheidender Bedeutung ist;

Or. fi

Änderungsantrag 13
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen ***für den Schutz vor Fehlinformationen und die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender***	D. in der Erwägung, dass der ***zeitnahe*** Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen ***äußerst wichtig*** ist ***und dass eine ungerechtfertigte Verweigerung des Zugangs zu Informationen bei den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern***

Bedeutung ist;	***berechtigte Zweifel hinsichtlich der Tätigkeiten der EU-Organe und ihrer Vertreter aufkommen lässt***;

Or. sk

Änderungsantrag 14
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen und die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender Bedeutung ist;	D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen und die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender Bedeutung ist; ***in der Erwägung, dass Verzögerungen bei der Gewährung des Zugangs diesen Prozess untergraben;***

Or. en

Änderungsantrag 15
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen und die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender Bedeutung ist;	D. in der Erwägung, dass der ***rasche*** Zugang zu zuverlässigen und genauen Informationen für den Schutz vor Fehlinformationen und die wirksame Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation von entscheidender Bedeutung ist;

Or. it

Änderungsantrag 16
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Irena Joveva, Lucia Yar, Malik Azmani, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass Offenheit und verantwortungsvolle Verwaltungstätigkeit wesentliche Voraussetzungen für den Aufbau von Vertrauen, Legitimität und Rechenschaftspflicht in der EU sind; in der Erwägung, dass die Union auf repräsentativer Demokratie beruht und dass ihre Organe, Einrichtungen, sonstigen Stellen und Agenturen die höchsten Standards an Transparenz und Integrität wahren müssen; in der Erwägung, dass eine wirksame demokratische Kontrolle eine robuste Prüfung und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erfordert, um eine verantwortungsvolle Verwaltungstätigkeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 17
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte in der Sache 1499/2021/SF unmissverständlich feststellte, dass die Weigerung des Rates, der Öffentlichkeit vollständigen Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit legislativen Verhandlungen zu gewähren, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellt;

Or. pl

Änderungsantrag 18
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte strategische Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten systemische und erhebliche Verzögerungen seitens der Kommission aufgezeigt hat, insbesondere bei der Bearbeitung von Zweitanträgen (Anträge von Antragstellern auf Überprüfung der ersten Antwort) nach anfänglicher Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten für Bürgerinnen und Bürger;	E. in der Erwägung, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte strategische Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten systemische und erhebliche Verzögerungen seitens der Kommission aufgezeigt hat, insbesondere bei der Bearbeitung von Zweitanträgen (Anträge von Antragstellern auf Überprüfung der ersten Antwort) nach anfänglicher Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten für Bürgerinnen und Bürger; ***in der Erwägung, dass bei der Gewährung oder Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten keine Sanktionen für die Nichteinhaltung der in Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 festgelegten Frist von 15 Tagen verhängt werden;***

Or. it

Änderungsantrag 19
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht 11/2025 feststellte, dass Nichtregierungsorganisationen zwar

einen erheblichen Einfluss auf den Entscheidungsprozess der EU ausüben, es jedoch an Transparenz hinsichtlich der von der EU an diese Einrichtungen gewährten Finanzierung mangelt; in der Erwägung, dass der Bericht ergab, dass wesentliche Aspekte des NGO-Status systematisch nicht überprüft wurden, was dazu führte, dass Einrichtungen im Finanztransparenzsystem eine unzutreffende Einstufung als Nichtregierungsorganisationen erhielten;

Or. en

Änderungsantrag 20
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Bedeutung eines weitgehenden Zugangs zu Dokumenten in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 anerkannt wird, wenn die Organe der EU in ihrer gesetzgeberischen Eigenschaft tätig werden, und dass darin hervorgehoben wird, dass die Institutionen direkten Zugang zu Gesetzgebungsdokumenten sicherstellen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 21
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass im Bericht des Europäischen Rechnungshofs hervorgehoben wurde, dass es zulässig ist, Nichtregierungsorganisationen Zuschüsse zur Unterstützung ihrer Betriebskosten, einschließlich ihrer Tätigkeiten im Bereich der Interessenvertretung, zu gewähren, der Rechnungshof in seiner Prüfung jedoch klar feststellt, dass die Kommission keine Informationen über die finanzierten Tätigkeiten im Bereich der Interessenvertretung offenlegt; in der Erwägung, dass Privatpersonen und Mitglieder des Parlaments wiederholt erfolglos Zugang zu Verträgen mit Nichtregierungsorganisationen beantragt haben;

Or. en

Änderungsantrag 22
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ec. in der Erwägung, dass die Kommission nach Angaben des Rechnungshofs keine ordnungsgemäßen Kontrollen der finanziellen Abhängigkeit und der Finanzierungsquellen der Nichtregierungsorganisationen durchgeführt hat und dabei die tatsächlichen Interessenträger hinter Einrichtungen, die Millionen von EU-Mitteln erhalten, ignoriert hat;

Or. en

Änderungsantrag 23
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ed. in der Erwägung, dass die Kommission sich seit Jahren ihrer Verantwortung entzieht und den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten nicht ordnungsgemäß handhabt; in der Erwägung, dass die Subventionen, die Nichtregierungsorganisationen gewährt werden, im Wesentlichen intransparent sind;

Or. en

Änderungsantrag 24
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ee. in der Erwägung, dass die Kommission nach wiederholten Aufforderungen eine Liste der Zuschüsse an Nichtregierungsorganisationen für den Zeitraum 2019-2023 veröffentlichte und deren Gesamtwert sich auf 17 Mrd. EUR beläuft, wobei über 37 000 Verträge unter www.ngotransparency.eu verfügbar sind; in der Erwägung, dass weder die Zuschussvereinbarungen noch die Finanzberichte öffentlich zugänglich sind;

Or. en

Änderungsantrag 25
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Erwägung E f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ef. in der Erwägung, dass die Kommission die Transparenz bewusst behindert, obwohl es sich hierbei um Gelder europäischer Steuerzahler handelt; in der Erwägung, dass die Skandale der vergangenen Jahre gezeigt haben, dass die EU Nichtregierungsorganisationen für politische Lobbyarbeit finanziert hat, auch gegenüber dem Parlament;

Or. en

Änderungsantrag 26
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass im Mai 2021 eine Journalistin Zugang zu Dokumenten beantragte, darunter Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin und Pfizer, die Kommission jedoch erklärte, dass sie aufgrund interner Registrierungsvorschriften keine solchen Aufzeichnungen führe; in der Erwägung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte diese Antwort ***für unzureichend befand und eine erneute*** Abfrage entsprechend den Verpflichtungen zur Gewährung des Zugangs der Öffentlichkeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***empfahl***;	F. in der Erwägung, dass im Mai 2021 eine Journalistin Zugang zu Dokumenten beantragte, darunter Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin und Pfizer, die Kommission jedoch erklärte, dass sie aufgrund interner Registrierungsvorschriften keine solchen Aufzeichnungen führe; in der Erwägung, dass ***die Art und Weise, wie die Kommission mit diesem Fall umgegangen ist, Anlass zur Besorgnis gibt; in der Erwägung, dass*** die Europäische Bürgerbeauftragte ***zu dem Schluss gelangte, dass*** diese Antwort ***einen***

Missstand in der Verwaltung darstellte und mehrere Empfehlungen als Folgemaßnahmen zu dem Fall vorlegte, unter anderem dazu, wie Kurznachrichten zu erfassen sind, sowie zu einer erneuten Abfrage entsprechend den Verpflichtungen zur Gewährung des Zugangs der Öffentlichkeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001; ***in der Erwägung, dass das Gericht die Entscheidung der Kommission im Mai 2025 für nichtig erklärt hat; in der Erwägung, dass die Kommission dem Rechnungshof zufolge keine plausible Erklärung geliefert hat, um zu rechtfertigen, warum sie nicht in Besitz der Kurznachrichten ist[1a];***

[1a] Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-36/23 | Stevi und The New York Times/Kommission, Pressemitteilung: https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2025-05/cp250060de.pdf.

Or. en

Änderungsantrag 27
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass im Mai 2021 eine Journalistin Zugang zu Dokumenten beantragte, darunter Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin und Pfizer, die Kommission jedoch erklärte, dass sie aufgrund interner Registrierungsvorschriften keine solchen Aufzeichnungen führe; in der Erwägung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte diese Antwort für unzureichend befand und eine erneute Abfrage entsprechend den Verpflichtungen zur Gewährung des	F. in der Erwägung, dass im Mai 2021 eine Journalistin Zugang zu Dokumenten beantragte, darunter Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin und Pfizer, die Kommission jedoch erklärte, dass sie aufgrund interner Registrierungsvorschriften keine solchen Aufzeichnungen führe; in der Erwägung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte diese Antwort für unzureichend befand und eine erneute Abfrage entsprechend den Verpflichtungen zur Gewährung des

Zugangs der Öffentlichkeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 empfahl;	Zugangs der Öffentlichkeit gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 empfahl; ***in der Erwägung, dass der Fall die Vertrauenswürdigkeit der Kommission und ihrer Präsidentin in den Augen der Bürgerinnen und Bürger erheblich untergraben hat;***
	Or. fi

Änderungsantrag 28
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass Mitglieder der Kommission und andere hochrangige Bedienstete der Union in Ausübung ihrer Amtsgeschäfte – wie durch die Übernahme von Reise- und Unterbringungskosten sowie Tagegeld und sonstigen Ausgaben belegt – an zahlreichen Sitzungen und Konferenzen teilnehmen, darunter auch an solchen nichtöffentlicher bzw. intransparenter Natur, wie etwa den Tagungen der Bilderberg-Gruppe, bei denen sie über Politikbereiche beraten, die in ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche fallen, ohne jedoch die Öffentlichkeit über den Inhalt dieser Beratungen zu unterrichten oder hierüber irgendwelche Protokolle zu erstellen; in der Erwägung, dass keines der Kommissionsmitglieder, die in den vergangenen Jahren in Ausübung ihrer amtlichen Pflichten an Tagungen der Bilderberg-Gruppe teilgenommen haben, die Einzelheiten dieser Beratungen offengelegt hat und dass eines von ihnen – Kommissionsmitglied Johansson – sogar den Zweck ihrer Mission verschleiert hat; in der Erwägung, dass die Kommission durch die Übernahme der Kosten für die

Teilnahme ihrer Mitglieder an derartigen Veranstaltungen anerkennt, dass deren Anwesenheit mit der Wahrnehmung ihrer amtlichen Aufgaben verbunden ist, da sie ihnen die Möglichkeit bietet, politische Leitlinien und Maßnahmen der Union im Rahmen ihres jeweiligen Mandats zu vertreten; in der Erwägung, dass die Kommission zugleich den öffentlichen Zugang zu den Einzelheiten dieser Treffen behindert und – sofern sie zur Offenlegung gezwungen wird, soweit entsprechende Dokumente überhaupt existieren – wesentliche Informationen über deren Inhalt schwärzt;

Or. en

Änderungsantrag 29
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Irena Joveva, Lucia Yar, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass Kurznachrichten, die sich auf Politikbereiche, Tätigkeiten und Entscheidungen beziehen, bereits unter die Definition eines „Dokuments“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 fallen, in der festgelegt ist, dass ein Dokument jeder Inhalt sein kann, unabhängig von seinem Medium (auf Papier schriftlich festgehalten oder in elektronischer Form gespeichert oder als Ton-, Bild- oder audiovisuelle Aufzeichnung), der eine Angelegenheit betrifft, welche zu den Politikbereichen, Tätigkeiten und Entscheidungen im Zuständigkeitsbereich der Institution gehört; in der Erwägung, dass dies nicht bedeutet, dass jede ausgetauschte Kurznachricht registriert und zugänglich gemacht werden müsste, sondern nur

solche, die sich auf die Politikbereiche, Tätigkeiten und Entscheidungen der Union beziehen; in der Erwägung, dass die Kommission weiterhin beschließen könnte, keinen vollständigen öffentlichen Zugang zu solchen Nachrichten zu gewähren, sofern eine der in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeführten Ausnahmen – etwa der Schutz von Geschäftsinteressen – anwendbar ist;

Or. en

Änderungsantrag 30
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte zu dem Schluss gelangte, dass die Weigerung, nach nicht registrierten Kurznachrichten im Zusammenhang mit den Impfstoffverhandlungen mit Pfizer zu suchen, einen Missstand in der Verwaltung darstellte; in der Erwägung, dass die Kommission nicht angegeben hat, diese Empfehlung umgesetzt zu haben; in der Erwägung, dass das Gericht am 14. Mai 2025 die Entscheidung der Kommission, die Kurznachrichten zurückzuhalten, für nichtig erklärte und damit den Mangel an Transparenz bestätigte;

Or. en

Änderungsantrag 31
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Erwägung G

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
G. in der Erwägung, dass die Kommission ***in ihrer Mitteilung über ihr Arbeitsprogramm*** 2025 ***ihre Absicht bekundet hat, die Vorschläge COM(2011)0137 und COM(2008)0229 zurückzuziehen***, die ***beide*** auf eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten*** abzielen, ***da nach einer jahrelangen legislativen Pattsituation seit 2011 keine Einigung in Sicht ist***;	G. in der Erwägung, dass die Kommission ***am 10. Oktober*** 2025 ***im Amtsblatt (C/2025/5423) die förmliche Zurückziehung von Legislativvorschlägen, insbesondere derjenigen***, die auf eine Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***im Hinblick auf das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union*** abzielen, ***veröffentlicht hat***;

Or. it

Änderungsantrag 32
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass der Europäische Rechnungshof in seinem Sonderbericht 11/2025 mit dem Titel „Transparenz der EU-Finanzierung für nichtstaatliche Organisationen“ hervorgehoben hat, dass es bezüglich der EU-Mittel, die im Rahmen der internen Politikbereiche an NRO vergeben werden, an angemessener Transparenz und geeigneten Informationen mangelt;

Or. pl

Änderungsantrag 33
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Lucia Yar, Irena Joveva, Malik Azmani, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung G a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ga. in der Erwägung, dass der rasche Fortschritt von Technologien der künstlichen Intelligenz (KI) sowohl Chancen als auch Herausforderungen für die Sicherstellung der Richtigkeit und Transparenz von Informationen innerhalb der Union sowie für die Organe, Einrichtungen, sonstigen Stellen und Agenturen der Union mit sich bringt;

Or. en

Änderungsantrag 34
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung G b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Gb. in der Erwägung, dass KI-Systeme eine entscheidende Rolle bei der Erkennung und Eindämmung von Falschinformationen und Desinformation spielen können und damit zu einem informierten öffentlichen Diskurs beitragen; in der Erwägung, dass es wesentlich ist, dass die Grundrechte beim Einsatz von KI geachtet, die Rechenschaftspflicht gefördert und höchste Transparenzstandards gewahrt werden, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu erhalten und die demokratische Governance zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 35
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Erwägung G b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Gb. in der Erwägung, dass der Katargate-Skandal gezeigt hat, dass NRO den Gesetzgebungsprozess in einer Weise manipulieren können, die Drittländern zugutekommt, und dass systemische Verbesserungen in Bezug auf die Transparenz der Informationen über die Finanzierung von NRO durch die Kommission erforderlich sind;

Or. pl

Änderungsantrag 36
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung G c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Gc. in der Erwägung, dass diese anhaltende Blockade Bedenken aufwirft, dass die alleinige Bezugnahme auf den Rechtsrahmen von 2001 möglicherweise nicht mehr ausreicht, um das Recht auf öffentlichen Zugang zu Dokumenten der Union in einem modernen institutionellen und technologischen Kontext wirksam zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 37
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Erwägung G d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Gd. in der Erwägung, dass der Gerichtshof in der Rechtssache C-588/21 P, die ein Auskunftsersuchen gemeinnütziger Organisationen betreffend den Zugang zu technischen Normen über die Sicherheit von Spielzeug betraf, entschieden hat, dass die Kommission ein überwiegendes öffentliches Interesse gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 hätte anerkennen müssen, das die Offenlegung solcher harmonisierten Normen rechtfertigt;

Or. en

Änderungsantrag 38
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 ihren Transparenzrahmen durch die Annahme einer überarbeiteten Geschäftsordnung geändert hat***, in der die Bestimmungen über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten gemäß*** der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***klargestellt wurden***;	1. stellt ***mit Besorgnis*** fest, dass die Kommission im Jahr 2024 ihren Transparenzrahmen durch die Annahme einer überarbeiteten Geschäftsordnung geändert hat***; betont, dass bei diesen Änderungen die Gefahr besteht, dass die einheitliche Anwendung*** der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***kompromittiert wird, und dass sie im Hinblick auf die Transparenz einen Schritt zurück darstellen, insofern sie Einschränkungen für die Aufbewahrung von Dokumenten (wie Textnachrichten) umfassen und neue Annahmen zu ihrer Nichtoffenlegung schaffen***;

Or. it

Änderungsantrag 39
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 ihren Transparenzrahmen durch die Annahme einer überarbeiteten Geschäftsordnung geändert hat, in der die Bestimmungen über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***klargestellt wurden***;	1. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 ihren Transparenzrahmen durch die Annahme einer überarbeiteten Geschäftsordnung geändert hat, in der ***sie versucht,*** die Bestimmungen über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ***klarzustellen***; ***betont jedoch die von einigen Interessenträgern geäußerten Bedenken, die darauf hinweisen, dass mit den neuen Bestimmungen Einschränkungen vorgesehen sind, die die Transparenz untergraben und nicht mit der gefestigten Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union vereinbar sind;***

Or. en

Änderungsantrag 40
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 6 938 Erstanträge auf Zugang zu Dokumenten und 641 Zweitanträge erhalten hat, was einem Anstieg von 7 % gegenüber dem Jahr 2023 entspricht[13];	2. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 6 938 Erstanträge auf Zugang zu Dokumenten und 641 Zweitanträge erhalten hat, was einem Anstieg ***der Zweitanträge um*** 7 % gegenüber dem Jahr 2023 entspricht[13]; ***stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2023 7 274 Erstanträge auf Zugang zu Dokumenten und 599 Zweitanträge erhalten hat, was einem Anstieg der Zweitanträge um 43 % gegenüber dem Jahr 2022 entspricht[1a]; stellt fest, dass die***

	Kommission im Jahr 2022 7 410 Erstanträge auf Zugang zu Dokumenten und 418 Zweitanträge erhalten hat, was einem Anstieg der Zweitanträge um 17,8 % gegenüber dem Jahr 2021 entspricht[1b];
[13] Bericht der Kommission vom 19. Mai 2025 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2024 (COM(2025)0239).	[13] Bericht der Kommission vom 19. Mai 2025 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2024 (COM(2025)0239).
	[1a] Bericht der Kommission vom 3. Juli 2024 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2023 (COM(2024)266).
	[1b] Bericht der Kommission vom 13. September 2023 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2022 (COM(2023)523).
	Or. en

Änderungsantrag 41
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Petra Steger

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 6 938 Erstanträge auf Zugang zu	2. stellt fest, dass die Kommission im Jahr 2024 6 938 Erstanträge auf Zugang zu

Dokumenten und 641 Zweitanträge erhalten hat, was einem Anstieg von 7 % gegenüber dem Jahr 2023 entspricht[13];	Dokumenten und 641 Zweitanträge erhalten hat, was einem ***leichten*** Anstieg von 7 % gegenüber dem Jahr 2023 entspricht[13];
[13] Bericht der Kommission vom 19. Mai 2025 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2024 (COM(2025)0239).	[13] Bericht der Kommission vom 19. Mai 2025 über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission im Jahr 2024 (COM(2025)0239).

Or. en

Änderungsantrag 42
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. hebt hervor, dass die Kommission bei Zweitanträgen im Jahr 2022 in 51 % der Fälle, im Jahr 2023 in 85 % der Fälle und im Jahr 2024 in 60 % der Fälle beschloss, teilweise oder vollständigen Zugang zu Dokumenten zu gewähren; ist der Auffassung, dass der Anstieg der Zweitanträge bei gleichzeitigem Rückgang der Erstanträge sowie das Verhältnis der auf der Stufe des Zweitantrags geänderten Entscheidungen darauf hindeuten, dass die Erstanträge nicht hinreichend gründlich geprüft werden;

Or. en

Änderungsantrag 43
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Petra Steger

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. hebt hervor, dass das öffentliche Dokumentenregister des Parlaments bis zum 31. Dezember 2024 918 803 Verweise (gegenüber 898 267 Verweisen Ende 2023) enthielt; stellt fest, dass die positive Beantwortungsquote mit 91 % ***insgesamt hoch*** blieb und die Anträge im Durchschnitt innerhalb von etwa neun Werktagen bearbeitet wurden[14];	3. hebt hervor, dass das öffentliche Dokumentenregister des Parlaments bis zum 31. Dezember 2024 918 803 Verweise (gegenüber 898 267 Verweisen Ende 2023) enthielt; stellt fest, dass die positive Beantwortungsquote ***bei insgesamt*** 91 % blieb und die Anträge im Durchschnitt innerhalb von etwa neun Werktagen bearbeitet wurden[14];
[14] Europäisches Parlament, „Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 2024 – Jahresbericht des Europäischen Parlaments“, Generaldirektion Präsidentschaft, Referat Transparenz, Mai 2025.	[14] Europäisches Parlament, „Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 2024 – Jahresbericht des Europäischen Parlaments“, Generaldirektion Präsidentschaft, Referat Transparenz, Mai 2025.

Or. en

Änderungsantrag 44
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. bekräftigt, dass das Parlament während der gesamten internationalen Verhandlungen über Übereinkünfte, die seine Zustimmung erfordern, ordnungsgemäß unterrichtet werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 45

Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission unter den Organen der EU die meisten Anträge auf Zugang zu Dokumenten erhielt und dass ihr Generalsekretariat sowie die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit am häufigsten Gegenstand solcher Anträge waren;

Or. en

Änderungsantrag 46
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 3 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3c. stellt fest, dass die Kommission 5 542 Antworten auf der Stufe des Erstantrags und 305 Antworten auf der Stufe des Zweitantrags erteilte, während auch die anderen Organe der EU ihre Transparenzbemühungen intensivierten: Das Register des Rates umfasste Ende 2024 über 527 000 Dokumente, von denen mehr als 72 % öffentlich zugänglich waren, und der Rat bearbeitete über 2 800 Anträge auf Dokumentenzugang, hauptsächlich aus der Zivilgesellschaft und der wissenschaftlichen Gemeinschaft, wobei in 85 % der Fälle vollständiger oder teilweiser Zugang gewährt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 47
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Sophie Wilmès, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 3 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3d. begrüßt diese Entwicklungen, da sie das anhaltende Bekenntnis der EU zu Transparenz vor dem Hintergrund komplexer rechtlicher und politischer Herausforderungen hervorheben; stellt jedoch fest, dass die Kommission in 85 % der geprüften Fälle keine Entscheidung innerhalb der gesetzlichen Fristen traf und dass sich die Verzögerung in 60 % der Fälle auf mehr als 60 Arbeitstage belief;

Or. en

Änderungsantrag 48
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Malik Azmani, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 3 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3e. unterstreicht, dass bei Behörden vorhandene Umweltinformationen von öffentlichem Interesse sind und dass die Öffentlichkeit gemäß dem Århus-Übereinkommen einen weitgehenden Zugang zu diesen Informationen erhalten sollte; bedauert, dass die Verweigerung des Zugangs zu Informationen über die Auswirkungen von Emissionen auf die Umwelt, etwa im Bereich der chemischen Verschmutzung, sich nachteilig auf die öffentliche Gesundheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichen Stoffen auswirken kann;

Or. en

Änderungsantrag 49
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass selbst in Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, ***eine teilweise Offenlegung – sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance, institutionneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst***;	4. betont, dass selbst in Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, ***gemäß Artikel 4 Absatz 6 der Verordnung (EU) Nr. 1049/2001 die übrigen Teile des angeforderten Dokuments freigegeben werden***;

Or. it

Änderungsantrag 50
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. ***betont***, dass ***selbst in Fällen, in denen*** bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, eine teilweise Offenlegung ***– sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance, institutionneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst***;	4. ***erkennt die Tatsache an***, dass bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, ***in erster Linie aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder der Verteidigung; betont, dass in solchen Fällen selbst*** eine teilweise Offenlegung ***der betreffenden Informationen nicht angemessen ist***;

Or. sk

Änderungsantrag 51
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass selbst in Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, eine teilweise Offenlegung – sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance, institutioneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst;	4. betont, dass selbst in ***begründeten*** Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, eine teilweise Offenlegung – sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance***, der Transparenz***, institutioneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst;

Or. fi

Änderungsantrag 52
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass selbst in Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, eine teilweise Offenlegung – sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance, institutioneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter	4. betont ***mit Besorgnis***, dass selbst in Fällen, in denen bestimmte Informationen zurückgehalten werden müssen, eine teilweise Offenlegung – sofern dies machbar und wünschenswert ist – im Hinblick auf das übergeordnete öffentliche Interesse in Bezug auf Transparenz in Betracht gezogen werden sollte, was die Grundsätze einer soliden Governance, institutioneller Effizienz, demokratischer Rechenschaftspflicht und verstärkter

Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst;	Bürgerbeteiligung an der Politikgestaltung umfasst;
	Or. en

Änderungsantrag 53
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. äußert Bedenken hinsichtlich der häufigen Anwendung der Ausnahmen in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, um den vollständigen Zugang zu Dokumenten zu verweigern; weist darauf hin, dass nach Auffassung der Europäischen Bürgerbeauftragten Beschränkungen des Dokumentenzugangs, einschließlich des Zugangs zu Gesetzgebungsdokumenten, eine Ausnahme sein und auf das absolut Notwendige beschränkt bleiben sollten; bedauert die missbräuchliche Anwendung des Schutzes des Entscheidungsprozesses durch den Rat und die Kommission sowohl im Komitologieverfahren als auch in den regulären Verfahren[1a]; weist darauf hin, dass der Gerichtshof im Komitologieverfahren befand, dass die Offenlegung der Positionen der Mitgliedstaaten für sich genommen den Entscheidungsprozess nicht beeinträchtigt[1b];
	[1a] Siehe beispielsweise das Urteil des Gerichtshofs vom 25. Januar 2023, De Capitani/Rat, T-163/21 oder das Urteil des Gerichtshofs vom 14. Juni 2024, Covington & Burling und Van Vooren/Kommission, T-201/21.
	[1b] Siehe das zuvor zitierte Urteil des Gerichtshofs vom 14. Juni 2024, Covington & Burling und Van

Vooren/Kommission, T-201/21.

Or. en

Änderungsantrag 54
Pekka Toveri

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. trägt den derzeitigen hybriden Bedrohungen und ihren Auswirkungen auf die europäische Demokratie Rechnung; ist der festen Überzeugung, dass ein starkes und kohärentes Bekenntnis zum öffentlichen Zugang und zu Transparenz eine grundlegende Säule des demokratischen Systems der Union darstellt, die das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärkt und zu guter Regierungsführung sowie solider Haushaltsführung beiträgt; betont, dass die Stärkung dieser grundlegenden Säule auch die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber ausländischer Einflussnahme und Versuchen zur Untergrabung der Integrität der Union erhöht;

Or. en

Änderungsantrag 55
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. ist der Auffassung, dass ein proaktiver Ansatz sowie die Einführung schnellerer, vereinfachter und leichter zugänglicher Verfahren für die

Behandlung von Beschwerden gegen die Verweigerung des Zugangs dazu beitragen würden, wirksame Transparenz sicherzustellen und unnötige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden, die zu überflüssigen Kosten und Belastungen führen könnten;

Or. en

Änderungsantrag 56
Pekka Toveri

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. in der Erwägung, dass eine gut gestaltete Transparenz dazu beiträgt, Verschwörungstheorien und Desinformation entgegenzuwirken, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die demokratischen Institutionen untergraben und systematisch in der hybriden Kriegsführung Russlands sowie von anderen antidemokratischen und feindlichen Akteuren ausgenutzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 57
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. zeigt sich besorgt über die anhaltende und verbreitete allzu restriktive Einstufung von amtlichen Dokumenten durch Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU; fordert erneut, wie bereits	5. zeigt sich ***zutiefst*** besorgt über die anhaltende und verbreitete allzu restriktive Einstufung von amtlichen Dokumenten durch Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU; fordert erneut, wie bereits

in seinen früheren Entschließungen zum Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, die Festlegung klarer, kohärenter und rechtsverbindlicher Vorschriften für die Einstufung und Freigabe von Dokumenten;	in seinen früheren Entschließungen zum Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, die Festlegung klarer, kohärenter und rechtsverbindlicher Vorschriften für die Einstufung und Freigabe von Dokumenten***, um die demokratische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten***;

Or. en

Änderungsantrag 58
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. zeigt sich besorgt über die anhaltende und verbreitete allzu restriktive Einstufung von amtlichen Dokumenten durch Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU; fordert erneut, wie bereits in seinen früheren Entschließungen zum Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, die Festlegung klarer, kohärenter und rechtsverbindlicher Vorschriften für die Einstufung und Freigabe von Dokumenten;	5. zeigt sich besorgt über die anhaltende und verbreitete allzu restriktive Einstufung von amtlichen Dokumenten durch Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU***, was einen offenkundigen Verstoß gegen den Grundsatz der Offenheit darstellt***; fordert erneut, wie bereits in seinen früheren Entschließungen zum Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten, die Festlegung klarer, kohärenter und rechtsverbindlicher Vorschriften für die Einstufung und Freigabe von Dokumenten;

Or. fi

Änderungsantrag 59
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. erklärt sich besorgt über die häufige Anwendung der Ausnahmen nach Artikel 4 der Verordnung (EG)

Nr. 1049/2001, um den uneingeschränkten Zugang zu Dokumenten verweigern; weist erneut darauf hin, dass ein Organ, eine Einrichtung oder eine sonstige Stelle, das bzw. die sich auf eine der Ausnahmen für den Zugang zu Dokumenten nach diesem Artikel beruft, eine objektive Einzelfallbewertung vornehmen und nachweisen muss, dass die Gefahr einer Beeinträchtigung des geschützten Interesses fundiert, vorhersehbar und nicht rein hypothetisch ist, und hinreichend begründen muss, wie das geschützte Interesse durch den Zugang zu dem betreffenden Dokument tatsächlich konkret beeinträchtigt würde; fordert die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union auf, diese Bewertungen in ihre Verfahren für die Bereitstellung des Zugangs zu Dokumenten zu integrieren; betont, dass es möglich sein könnte, einige Teile eines Dokuments freizugeben, während andere Teile unter Berücksichtigung des übergeordneten öffentlichen Interesses am Zugang, einschließlich der Notwendigkeit, gute Regierungsführung, Effizienz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sicherzustellen, geschützt werden müssen; hebt hervor, dass das Recht der Öffentlichkeit auf den Zugang zu Dokumenten von Arbeitsgruppen des Rates, die im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens tätig sind, in der Rechtsprechung des EuGH anerkannt wurde; stellt allerdings fest, dass der Zugang weiterhin aktiv beantragt werden muss; stellt mit Besorgnis fest, dass Antragsteller beim Zugang zu Dokumenten häufig Probleme haben, weil die Organe, Einrichtungen oder sonstigen Stellen den Zugang auf der Grundlage von substanzlosen Argumenten verweigern oder weil mit ähnlichen Anträgen unterschiedlich verfahren wird; fordert die Organe der Union auf, bewährte Verfahren zu entwickeln, um

eine einheitliche Anwendung und Auslegung der Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 und der einschlägigen Rechtsprechung des EuGH zu ermöglichen; fordert ferner, dass die EU-Agenturen die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 in ihren Verfahren für den Zugang zu Dokumenten umsetzen;

Or. en

Änderungsantrag 60
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. bedauert, dass die Kommission und der Rat nach wie vor keine bedeutsamen Folgemaßnahmen zu diesen Empfehlungen ergriffen haben;	6. bedauert, dass die Kommission und der Rat nach wie vor keine bedeutsamen Folgemaßnahmen zu diesen Empfehlungen ergriffen haben; ***missbilligt ferner, dass die EU-Einrichtungen die meisten Dokumente zu legislativen Dossiers nicht proaktiv veröffentlichen, den Bürgerinnen und Bürgern dadurch die Möglichkeit verwehren, darüber Bescheid zu wissen, welche Dokumente es überhaupt gibt, und auf diese Weise das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf die Beantragung des Zugangs zu Dokumenten einschränken;***

Or. en

Änderungsantrag 61
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***bedauert, dass*** die Kommission und	6. ***nimmt die Schritte zur Kenntnis,***

der Rat ***nach wie vor keine bedeutsamen Folgemaßnahmen zu diesen*** Empfehlungen ***ergriffen*** haben;	***die*** die Kommission und der Rat ***als Reaktion auf diese*** Empfehlungen ***unternommen*** haben;

Or. sk

Änderungsantrag 62
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. bedauert, dass die Kommission und der Rat nach wie vor keine bedeutsamen Folgemaßnahmen zu diesen Empfehlungen ergriffen haben;	6. bedauert ***zutiefst***, dass die Kommission und der Rat nach wie vor keine bedeutsamen Folgemaßnahmen zu diesen Empfehlungen ergriffen haben;

Or. fi

Änderungsantrag 63
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. ist sehr besorgt über den Vorschlag der Kommission von 2022 für eine Verordnung über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union[1a], der zu einer weiteren übermäßig hohen Einstufung von Dokumenten führen könnte; ist besorgt darüber, dass mit dem Vorschlag die Anforderung „Kenntnis nur, wenn nötig“ für den Austausch bestimmter nicht als Verschlusssache eingestufter Informationen eingeführt würde, wodurch das Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten, das sich aus Artikel 15 des Vertrags über die Arbeitsweise der

Europäischen Union und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 ergibt, untergraben würde; fordert, dass die Verarbeitung sensibler oder als „Verschlusssachen“ eingestufter EU-Informationen gemäß Artikel 52 der Charta durch eine neue EU-Verordnung auf der Grundlage von Artikel 15 AEUV geregelt wird, einschließlich einer Aufsichtsbefugnis des Europäischen Parlaments und erforderlichenfalls des EuGH;

[1a] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Informationssicherheit in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, COM(2022) 119 final.

Or. it

Änderungsantrag 64
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert die Kommission auf, Transparenz über Entscheidungen sicherzustellen, die in Vertragsverletzungsverfahren, im Komitologieverfahren, bei der Aushandlung internationaler Übereinkünfte und beim Einsatz des EU-Haushalts zur Finanzierung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Migration und Sicherheit getroffen werden, auch durch Bereitstellung von Informationen über Höhe, Zweck und Quelle der Finanzierung, und ausführliche Angaben zu anderen möglichen von EU-Agenturen erbrachten Unterstützungsmaßnahmen zu machen, damit das Parlament und die Öffentlichkeit die Kontrolle der

Ausführung des Unionshaushalts wirksam wahrnehmen kann;

Or. en

Änderungsantrag 65
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. ist besorgt über die Schwierigkeiten beim Zugang zu Dokumenten einiger EU-Agenturen zum Ausdruck, die verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger und MdEP diese wirksam kontrollieren können; ist der Ansicht, dass die Offenlegung von Treffen und Kontakten zwischen EU-Agenturen und Dritten unerlässlich ist, um mehr Transparenz zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 66
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen	7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen

davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben;	davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben; ***fordert eine Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001, um klare Sanktionen gegen Organe, Agenturen, Ämter oder Einrichtungen der EU aufzunehmen, die die vorgesehenen Fristen für die Gewährung oder Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten nicht einhalten; ist der Ansicht, dass in Ermangelung einer Antwort innerhalb der festgelegten Fristen der Antrag auf Zugang zu Dokumenten als erteilt gelten sollte;***

Or. it

Änderungsantrag 67
Pekka Toveri

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben;	7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben; ***stellt fest, dass die Kommission einige wichtige Empfehlungen der Bürgerbeauftragten, insbesondere im Hinblick auf die Einhaltung von Fristen, noch nicht umgesetzt hat; fordert die Kommission und den Rat auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der Empfehlungen der Bürgerbeauftragten sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 68
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ***nimmt zur Kenntnis, dass*** die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ***ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission*** aufgezeigt hat ***und*** zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben;	7. ***bekräftigt seine Besorgnis über das Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die Kommission, das*** die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten aufgezeigt hat***, die*** zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre systematischen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten zu beheben;***

Or. en

Änderungsantrag 69
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die	7. nimmt zur Kenntnis, dass die im Sonderbericht OI/2/2022/OAM dargelegte Untersuchung der Europäischen Bürgerbeauftragten ein Muster systematischer Verzögerungen bei der Beantwortung von Zweitanträgen durch die

Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben;	Kommission aufgezeigt hat und zu dem Ergebnis gelangt ist, dass durch strukturelle Mängel, unzureichende Ressourcen und unwirksame Kommunikation letztlich Einzelpersonen davon abgehalten wurden, ihr Recht auf Zugang auszuüben; ***weist darauf hin, dass diese Art von Arbeitskultur das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU-Organe untergraben kann;***

Or. fi

Änderungsantrag 70
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. bedauert im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rechnungshofs, dass es keine zuverlässige Übersicht über die NRO gewährten EU-Mittel gibt; weist darauf hin, dass die entsprechenden Informationen in verschiedenen Systemen, auf verschiedenen Websites und in verschiedenen Datenbanken veröffentlicht werden, womit ein fragmentierter Ansatz verfolgt wird, was die Transparenz beeinträchtigt und die Einblicke einschränkt, die hinsichtlich der Rolle von NRO bei der Politikgestaltung und Programmdurchführung auf EU-Ebene gewonnen werden können;

Or. pl

Änderungsantrag 71
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. bedauert, dass die Kommission die Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nicht vollständig umgesetzt und kein greifbares Bekenntnis zu einer systemischen Reform gezeigt hat; begrüßt neue Instrumente wie das EASE-Portal, fordert die Kommission jedoch auf, zentrale Problembereiche anzugehen, darunter die anhaltenden Verzögerungen, das mangelnde Engagement gegenüber Antragstellern sowie unzureichende Transparenz in Fällen von besonderem öffentlichen Interesse;

Or. en

Änderungsantrag 72
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge auf soliden, überprüfbaren Daten beruhen, die ihre Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen;	8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge auf soliden, überprüfbaren Daten beruhen, die ihre Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen; ***fordert die Kommission auf, die Verfasser (einschließlich der Namen von Einzelpersonen, Organisationen, Denkfabriken, Stiftungen und anderen Einrichtungen) zu veröffentlichen, die an der Erstellung regelmäßiger Berichte wie***

des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit beteiligt sind;

Or. pl

Änderungsantrag 73
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge auf soliden, überprüfbaren Daten beruhen, die ihre Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen;	8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge ***grundrechtskonform sind und*** auf soliden, überprüfbaren Daten beruhen, die ihre Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen***, und dass sie von einer umfassenden Folgenabschätzung begleitet werden***; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen ***und angemessene Zeiträume für breit angelegte öffentliche Konsultationen vorzusehen***;

Or. en

Änderungsantrag 74
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge auf soliden,	8. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass alle künftigen Gesetzgebungsvorschläge auf soliden,

überprüfbaren Daten beruhen, die ihre ***Notwendigkeit***, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen;	überprüfbaren Daten beruhen, die ihre ***Unerlässlichkeit, Kosteneffizienz, Kohärenz mit dem Subsidiaritätsprinzip***, Verhältnismäßigkeit und erwartete Wirksamkeit eindeutig belegen; fordert die Kommission außerdem nachdrücklich auf, bei der Auswahl der Interessenträger, die während der Ausarbeitung von Gesetzgebungsvorschlägen konsultiert werden, für vollständige Transparenz zu sorgen;

Or. fi

Änderungsantrag 75
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. stellt mit großer Besorgnis den allgemeinen Mangel an Transparenz und angemessener Kontrolle in den Beziehungen zwischen den Organen der EU und Nichtregierungsorganisationen fest;

Or. en

Änderungsantrag 76
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. fordert die Kommission auf, alle Finanzhilfen, Verträge und Dokumente

automatisch und ohne Antrag auf einer zentralen Online-Plattform zu veröffentlichen, die leicht zugänglich, durchsuchbar und transparent ist;

Or. en

Änderungsantrag 77
András László, Tom Vandendriessche, Matthieu Valet, António Tânger Corrêa, Alexandre Varaut, Marieke Ehlers, Jaroslav Bžoch, Fabrice Leggeri, Roberto Vannacci, Jorge Buxadé Villalba, Nikola Bartůšek, Petra Steger

Entschließungsantrag
Ziffer 8 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8c. fordert die Kommission nachdrücklich auf, alle Dokumente im Zusammenhang mit der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen im Rahmen des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens zu veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 78
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert***, dass es im Rat nach wie vor an*** Transparenz ***mangelt***; nimmt mit Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;	9. bedauert ***die mangelnde*** Transparenz ***im Rat***; nimmt mit Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen; ***erinnert daran, dass der Rat gemäß Artikel 16 Absatz 8 EUV öffentlich tagen muss, wenn er über Entwürfe von***

	Rechtsakten berät und abstimmt; betont, dass die Tatsache, dass die meisten vorbereitenden Dokumente in laufenden Gesetzgebungsverfahren als „LIMITE“ eingestuft werden, eine unverhältnismäßige Einschränkung des Rechts der Bürgerinnen und Bürger auf Zugang zu legislativen Dokumenten darstellt; betont, dass alle in den vorbereitenden Gremien erstellten und/oder in Umlauf gebrachten legislativen Dokumente ebenfalls in einem benutzerfreundlichen öffentlichen Register aufgeführt werden sollten, damit die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Zugang zu Dokumenten in vollem Umfang wahrnehmen können; fordert den Rat nachdrücklich auf, seine Regeln und Verfahren zur Transparenz, einschließlich der Zugänglichkeit und Klassifizierung von Gesetzgebungsdokumenten, zu verbessern;
	Or. en

Änderungsantrag 79
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt mit Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;	9. bedauert ***zutiefst***, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt mit Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert ***zutiefst***, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;
	Or. fi

Änderungsantrag 80
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt mit Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;	9. bedauert, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt mit ***großer*** Besorgnis die Feststellungen zu Kenntnis, wonach er den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;

Or. en

Änderungsantrag 81
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. bedauert, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt ***mit Besorgnis die Feststellungen*** zu Kenntnis, ***wonach er*** den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;	9. bedauert, dass es im Rat nach wie vor an Transparenz mangelt; nimmt zu Kenntnis, ***dass der Rat*** den Zugang zu Trilog-Dokumenten verweigert hat; bedauert, dass aktuelle Analysen weiterhin mangelnde proaktive Veröffentlichungs- und Registrierungspraktiken aufzeigen;

Or. sk

Änderungsantrag 82
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. bekräftigt, dass der Rat dieselben Transparenzstandards einhalten muss wie das Parlament und die Kommission; betont, dass das interinstitutionelle Vertrauen untergraben wird, wenn sich ein Organ beharrlich weigert, der Öffentlichkeit Zugang zu Dokumenten zu gewähren, die für die Beschlussfassung der EU relevant sind;

Or. en

Änderungsantrag 83
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. betont, dass internationale Abkommen wie das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur Auswirkungen auf die Rechtsvorschriften der EU haben, und hebt hervor, dass die Verhandlungen während des gesamten Verfahrens für das Parlament transparent sein müssen, auch dadurch, dass den MdEP Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten gewährt wird;

Or. pl

Änderungsantrag 84
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Irena Joveva, Lucia Yar, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York	10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York

Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen;

Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; ***ist der Ansicht, dass die Art und Weise, wie Präsidentin von der Leyen mit diesem Antrag auf Zugang zu Dokumenten umgegangen ist, das Vertrauen in die Kommission geschwächt hat; bedauert die anhaltende Weigerung der Kommission, anzugeben, warum kein (teilweiser) Zugang zu den angeforderten Dokumenten gewährt werden könnte;*** stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen***; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Registrierung eines Dokuments eine Folge seines Vorhandenseins ist und keine Voraussetzung für seine Existenz, und dass sich die Kommission nicht allein auf das Fehlen eines Registrierungseintrags in ihrem System berufen kann, um festzustellen, dass ihr die angeforderten Dokumente nicht vorliegen; ist fest davon überzeugt, dass das Verlieren oder Löschen eines Dokuments allein aufgrund der bloßen Einstufung als „kurzlebig“ das Transparenzgebot und eine gute Regierungsführung grundlegend untergräbt und einen gefährlichen Präzedenzfall für die künftige Behandlung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten schafft***; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen;

Or. en

Änderungsantrag 85

Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen;	10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen; ***bedauert, dass die interne Strategie der Kommission in der Praxis darin besteht, Textnachrichten nicht zu registrieren, und zwar mit der irrtümlichen Begründung, dass es sich dabei um „kurzlebige Dokumente“ handele, die aufgrund ihrer Kurzlebigkeit „nicht dazu bestimmt sind, wichtige Informationen über die Politik, die Tätigkeiten und die Entscheidungen der Kommission zu enthalten“;***

Or. pl

Änderungsantrag 86
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. begrüßt das Urteil des EuGH in der	10. begrüßt das Urteil des EuGH in der

Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag ***zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren*** in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU ***gefördert wurden***; ***stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen***;	Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag ***zur Förderung der Transparenz*** in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, sämtliche in der Zeit vom 1. Januar 2021 bis zum 11. Mai 2022 zwischen der Kommissionspräsidentin und dem Geschäftsführer des Pharmaunternehmens Pfizer ausgetauschten Textnachrichten zu veröffentlichen***;
	Or. sk

Änderungsantrag 87
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen;	10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen; ***ist besorgt über die Art und Weise, wie die Kommission mit dem Fall***

umgegangen ist, einschließlich ihrer Unfähigkeit zu erklären, warum die Textnachrichten nicht zur Verfügung gestellt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 88
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen;	10. begrüßt das Urteil des EuGH in der Rechtssache „Stevi und The New York Times/Kommission“ als wichtigen Beitrag zu einer Rechtsprechung, mit der transparente Verfahren in den Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gefördert wurden; stellt fest, dass in dem Urteil die Pflicht zur proaktiven Aufbewahrung von Unterlagen bekräftigt wird, um die wirksame Ausübung des Rechts auf Zugang sicherzustellen; bedauert jedoch die Entscheidung des EuGH, die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 nicht im Hinblick auf moderne Kommunikationsmethoden und sich weiterentwickelnde Transparenzverpflichtungen neu auszulegen; ***fordert die Kommission als Hüterin der Verträge nachdrücklich auf, sich an ihre eigenen Regeln zu halten;***

Or. fi

Änderungsantrag 89
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert alle Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der EU auf, alle offiziellen Dokumente proaktiv zu speichern, aufzuzeichnen und zugänglich zu machen, einschließlich der Dokumente, die durch Textnachrichten, Instant-Messaging-Anwendungen und jede andere Form der digitalen Kommunikation im Zusammenhang mit öffentlichen Angelegenheiten erstellt werden; weist darauf hin, dass sich, wie das Gericht in der Rechtssache T-36/23 (Stevi und The New York Times / Kommission) klargestellt hat, das Recht auf Zugang zu Dokumenten auf alle relevanten Formate erstreckt und nicht durch interne Registrierungsvorschriften oder selektive Registerverwaltungspraktiken umgangen werden kann;

Or. it

Änderungsantrag 90
Pekka Toveri

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. betont, dass Transparenz zwar die allgemeine Regel bleiben muss, jedoch eine begrenzte Zahl legitimer Ausnahmen besteht, die in den einschlägigen Rechtsvorschriften definiert sind, unter anderem aus Gründen der Sicherheit, des Schutzes sensibler laufender Verhandlungen und des Erfordernisses, während interner Beratungen einen geschützten „Reflexionsspielraum“ zu wahren; stellt fest, dass sich diese Ausnahmen auch auf bestimmte unangemessene oder missbräuchliche Anträge erstrecken und für eine wirksame

und verantwortungsvolle Entscheidungsfindung innerhalb der Organe der Union unerlässlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 91
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. bedauert, dass mehrere von der Kommission in der letzten Wahlperiode vorgelegte Legislativvorschläge ohne begleitende Folgenabschätzung oder ohne hinreichend begründete Ausnahme von der Verpflichtung zur Vorlage einer Folgenabschätzung vorgelegt wurden; betont, dass die beiden gesetzgebenden Organe umfassend über die zugrunde liegenden Fakten zur Unterstützung von Gesetzgebungsinitiativen informiert werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 92
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. zeigt sich gleichermaßen besorgt über den Mangel an Transparenz, den die Kommission bei der Veröffentlichung der Verträge über den Kauf von COVID-19-Impfstoffen an den Tag gelegt hat; hebt hervor, dass der Gerichtshof der Europäischen Union der Auffassung war,

dass die Kommission der Öffentlichkeit keinen hinreichend breiten Zugang zu den Verträge über den Kauf von COVID-19-Impfstoffen gewährte[1a];

[1a] Urteil des Gerichtshofs vom 17. Juli 2024, Auken u. a./Kommission, T-689/21, ECLI:EU:T:2024:476 und Klage vor dem Gerichtshof vom 6. Dezember 2021, Courtois u. a./Kommission, T-761/21, PR: https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2024-07/cp240113de.pdf.

Or. en

Änderungsantrag 93
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. bedauert im Zusammenhang mit dem Bericht des Rechnungshofs und den jüngsten Skandalen bezüglich der Gewährung finanzieller Unterstützung durch die Kommission für NRO, die Lobbyarbeit für eine Verschärfung des Grünen Deals betreiben, dass die Kommission NRO auf intransparente und ethisch bedenkliche Weise finanziert;

Or. pl

Änderungsantrag 94
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 10 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10b. bedauert die mangelnde

Transparenz der Kommission in Bezug auf ihr Handeln, die sich beim „Pfizergate“ und auch im Fall des Smart Kid Belt gezeigt hat, und insbesondere ihre Weigerung, Korrespondenz mit den Vertretern von Kindersitzherstellern zur Verfügung zu stellen, was, wie der Gerichtshof der Europäischen Union in seinem Urteil vom 14. Mai 2025 in der Rechtssache T-227/24 festgestellt hat, einen Verstoß gegen die Bestimmungen über den Zugang zu Dokumenten darstellte; fordert die Kommission auf, Informationen darüber zu veröffentlichen, wie sie dem Urteil im Fall des Smart Kid Belt nachgekommen ist, und eine umfassende Bewertung der internen Verfahren für den Zugang zu Dokumenten und die Konsultation durchzuführen; fordert die Kommission auf, die systemischen Probleme im Zusammenhang mit Transparenz, Berufsethik und der Haftung von Beamten anzugehen und dem Parlament darüber hinaus einen Bericht über die ergriffenen Korrekturmaßnahmen vorzulegen;

Or. pl

Änderungsantrag 95
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 10 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10b. fordert, die Verpflichtung gemäß Artikel 17 der Verordnung (EG) Nr. 1049/01 zur jährlichen Berichterstattung über die Durchführung der Verordnung auf alle anderen Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU, die unter Artikel 15 AEUV fallen, auszuweiten;

Or. it

Änderungsantrag 96
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 10 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10b. fordert die Organe, Einrichtungen, sonstigen Stellen und Agenturen der EU nachdrücklich auf, eine Politik der Transparenz durch Voreinstellungen umzusetzen und Dokumente proaktiv zu veröffentlichen, einschließlich Informationen über Entscheidungsprozesse wie Sitzungsprotokolle, vierspaltige Arbeitsdokumente, Positionen der Mitgliedstaaten und andere relevante Dokumente, unabhängig von der Art des Verfahrens, mit dem übergeordneten Ziel, sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihr Recht auf Zugang zu Dokumenten vollständig ausüben und ihre Kontrollfunktion wahrnehmen können;

Or. en

Änderungsantrag 97
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Irena Joveva, Lucia Yar, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, anzuerkennen, dass die Ausübung des Rechts der Bürgerinnen und Bürger auf Transparenz und Zugang zu Dokumenten

kein Ausdruck von Misstrauen ist, der deshalb eingeschränkt oder behindert werden sollte, sondern vielmehr eine Gelegenheit für die Organe der EU darstellt, aufzuzeigen, wie Entscheidungen getroffen werden, und das Vertrauen der Gesellschaft in die Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 98
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie ***gegebenenfalls*** zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;	11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen; ***erachtet dies als wesentlich für die demokratische Glaubwürdigkeit der Union;***

Or. fi

Änderungsantrag 99

Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen ***und sie gegebenenfalls zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen***;	11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden ***und dass gegen sie Rechtsmittelverfahren vor dem Gericht anhängig sind***; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Licht der einschlägigen Rechtsprechung ***im Einklang mit den Anforderungen und dem Geist des Artikels 15 AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zu*** überprüfen;

Or. it

Änderungsantrag 100
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001	11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein ***Grundrecht*** darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer ***bedeutsamen*** Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie ***gegebenenfalls zu konkretisieren oder*** anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;	aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein ***äußerst wichtiges Recht*** darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer ***angemessenen*** Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie ***unverzüglich*** anzupassen***, falls sie der Rechtsprechung des Gerichtshofs nicht entsprechen***, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;

Or. sk

Änderungsantrag 101
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Irena Joveva, Lucia Yar, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, ***diese*** Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie ***gegebenenfalls*** zu konkretisieren oder anzupassen, um ein	11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat und dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, ***ihre*** Vorschriften ***über die Aktenführung und Archive*** im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie zu konkretisieren oder anzupassen, um ein

Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;	Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 102
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat ***und*** dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;	11. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre überarbeiteten internen Vorschriften über den Zugang zu Dokumenten angenommen hat***; ist dahingehend besorgt***, dass Fragen hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der Charta, dem EUV, dem AEUV und der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeworfen wurden; betont, dass der Zugang zu Dokumenten nach EU-Recht ein Grundrecht darstellt, das für die Wahrung von Transparenz, demokratischer Rechenschaftspflicht und einer bedeutsamen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Kommission auf, diese Vorschriften im Hinblick auf die einschlägige Rechtsprechung zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu konkretisieren oder anzupassen, um ein Höchstmaß an Transparenz zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. fordert die Organe, Einrichtungen

und sonstigen Stellen der EU auf, zugängliche Verfahren für die Bearbeitung von Beschwerden über die Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten und Maßnahmen, die sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen bei Bedarf anfechten können, einzuführen; weist darauf hin, dass die Organe der EU individuelle Antworten erteilen und sich nicht ausschließlich auf allgemeine Vermutungen stützen dürfen; weist darauf hin, dass bei Dokumenten, die Umweltemissionen betreffen, gemäß der Århus-Verordnung ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Offenlegung als gegeben gilt;

Or. en

Änderungsantrag 104
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt	12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird; ***fordert in Erwartung eines***

wird;	***aktualisierten Vorschlags, dass die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 im Einklang mit der einschlägigen Rechtsprechung und dem Grundsatz, dass ein möglichst breiter Zugang gewährleistet sein sollte, streng ausgelegt und konsequent angewandt wird;***

Or. it

Änderungsantrag 105
Raquel García Hermida-Van Der Walle, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Irena Joveva, Lucia Yar, Hilde Vautmans

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;	12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; ***empfiehlt der Kommission nachdrücklich, verschiedene nationale Rechtsvorschriften und Kulturen in Bezug auf den Zugang zu Dokumenten zu untersuchen, auch in den Mitgliedstaaten, in denen höhere Transparenzstandards gelten als auf Unionsebene;*** fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;

Or. en

Änderungsantrag 106
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;	12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert ***zutiefst***, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten ***und ehrgeizigeren*** Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;

Or. en

Änderungsantrag 107
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es	12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es

keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;	keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer***,*** ***ehrgeiziger*** EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird;

Or. fi

Änderungsantrag 108
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, ***in dem Ausnahmen auf unbedingt notwendige Fälle beschränkt werden und ein neuer EU-Standard für Offenheit und Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten festgelegt wird***;	12. nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission ihre Vorschläge von 2008 und 2011 zur Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 zurückgezogen hat; bedauert, dass diese Entscheidung getroffen wurde, nachdem jahrelang keine Fortschritte erzielt worden waren und es keinen klaren Fahrplan, keinen Zeitplan und keine bedeutsamen Konsultationen gab, wodurch eine wichtige Gelegenheit zur Modernisierung des bestehenden überholten Rechtsrahmens verpasst wurde; fordert die Kommission auf, einen aktualisierten Vorschlag vorzulegen, ***in dem die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte berücksichtigt und die Empfehlungen des Europäischen Parlaments einschließlich seiner Position aus dem Jahr 2011 einbezogen werden***;

Or. en

Änderungsantrag 109
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass, wenn die EU-Organe amtliche Dokumente oder Berichte herausgeben, die Auswirkungen gleich welcher Art auf die Mitgliedstaaten oder ihre Bürgerinnen und Bürger haben, die Namen der Beamten bzw. Sachverständigen, die sie verfasst haben, angegeben werden müssen; betont, dass das Recht der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auf Kenntnis der Identität des Verfassers solcher Dokumente Vorrang vor der Notwendigkeit hat, erforderlichenfalls und gegebenenfalls die Privatsphäre der Personen zu schützen, die solche Dokumente oder Berichte verfasst haben;

Or. pl

Änderungsantrag 110
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert das Europäische Parlament auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem es im Einklang mit seiner gängigen Praxis der legislativen Transparenz proaktiv Dokumente offenlegt und diesen Ansatz auf Verwaltungsdokumente, einschließlich Tagesordnungen und Protokolle von Sitzungen der Koordinatoren, sowie auf Präsidiumsdokumente, einschließlich

Aufzeichnungen des Generalsekretärs, ausweitet;

Or. it

Änderungsantrag 111
Fabienne Keller, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass mehr Transparenz und ein proaktiver Zugang zu Dokumenten von EU-Agenturen erforderlich sind; fordert die Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) auf, dem Europäischen Parlament im Einklang mit Artikel 12 Absatz 4 der EUAA-Verordnung rechtzeitig Zugang zu ihren Informationen und Analysen über sichere Herkunftsländer und sichere Drittstaaten zu gewähren, um die demokratische Kontrolle zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 112
Georgiana Teodorescu, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont nachdrücklich, dass Ausnahmen vom Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten oder Informationen der EU von Fall zu Fall geprüft werden müssen, wobei zu berücksichtigen ist, dass der Zugang zu solchen Dokumenten die Regel ist, während Ausnahmen von der Regel eng auszulegen sind;

Or. en

Änderungsantrag 113
Georgiana Teodorescu, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. betont, dass – wenn die EU-Organe amtliche Dokumente oder Berichte herausgeben, die Auswirkungen gleich welcher Art auf die Mitgliedstaaten oder ihre Bürger haben – die Namen der Beamten bzw. Sachverständigen, die sie verfasst haben, angegeben werden müssen; betont, dass das Recht der Bürgerinnen und Bürger der EU auf Kenntnis der Identität des Verfassers solcher Dokumente Vorrang vor der Notwendigkeit hat, erforderlichenfalls und gegebenenfalls die Privatsphäre der Personen zu schützen, die solche Dokumente oder Berichte verfasst haben;

Or. en

Änderungsantrag 114
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das	13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das

Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern; ***empfiehlt, dass die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union auf ihren jeweiligen Websites Informationen darüber veröffentlichen, welche Angaben ein Antrag auf Zugang zu Dokumenten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 enthalten sollte, um die Bearbeitung der Anträge zu vereinfachen;***

Or. pl

Änderungsantrag 115
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***empfiehlt, dass systemische*** Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern ***angegangen werden***, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	13. ***bekräftigt seine Aufforderung an die Kommission, die systemischen*** Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch ***einen proaktiven Ansatz,*** eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern ***anzugehen***, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 116
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans, Lucia Yar, Nikola Minchev, Malik Azmani

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. empfiehlt, dass systemische	13. empfiehlt, dass systemische

Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen ***auf der Grundlage einer gründlichen Bedarfsanalyse*** und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 117
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender ***personeller und finanzieller*** Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 118
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. empfiehlt, dass systemische	13. empfiehlt, dass systemische

Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen ***dringend*** durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen ***unverzüglich*** durch eine Verbesserung der internen Verfahren, die Zuweisung ausreichender Ressourcen und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;

Or. fi

Änderungsantrag 119
Erik Kaliňák

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren***, die Zuweisung ausreichender Ressourcen*** und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen ***Verpflichtungen*** nachzukommen und das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;	13. empfiehlt, dass systemische Verzögerungen bei der Bearbeitung von Zweitanträgen dringend durch eine Verbesserung der internen Verfahren und eine zeitnahe und transparente Kommunikation mit den Antragstellern angegangen werden, um den rechtlichen ***Pflichten*** nachzukommen und ***so*** das Vertrauen und die Beteiligung der Öffentlichkeit zu fördern;

Or. sk

Änderungsantrag 120
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert, dass die Verweigerung des Zugangs zu Anträgen mit konkreten und

individualisierten Gründen gerechtfertigt und im Einklang mit der jüngsten Rechtsprechung unverzüglich mitgeteilt wird; fordert die Einführung eines beschleunigten Überprüfungsverfahrens durch den Europäischen Bürgerbeauftragten oder den Gerichtshof, insbesondere in Fällen, die wichtige öffentliche Interessen betreffen;

Or. it

Änderungsantrag 121
Georgiana Teodorescu, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. weist darauf hin, dass bei Beamten oder Sachverständigen der EU, die Berichte oder Dokumente verfassen, die Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten haben, das Recht, ihre Namen zu erfahren, Vorrang vor einem möglicherweise anwendbaren Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten dieser Personen hat;

Or. en

Änderungsantrag 122
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. fordert die Organe, Einrichtungen, Ämter und Agenturen der EU auf, verbindliche und kontinuierliche Schulungsprogramme für alle Bediensteten festzulegen, insbesondere

für diejenigen, die Dokumente und Entscheidungsprozesse verwalten, um eine interne Kultur der Transparenz, Rechenschaftspflicht und verantwortungsvollen Regierungsführung zu fördern;

Or. it

Änderungsantrag 123
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass Transparenz und ***Zugang zu*** Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen;	14. betont, dass Transparenz und ***die proaktive Veröffentlichung von*** Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen ***und dass jede Entscheidung, mit der der öffentliche Zugang zu Dokumenten verweigert wird, auf klar und streng definierten gesetzlichen Ausnahmen beruhen und mit einer begründeten und spezifischen Rechtfertigung einhergehen muss,*** um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen***, indem sichergestellt wird, dass die Bürgerinnen und Bürger die Verweigerung des Zugangs verstehen und gegebenenfalls die ihnen zur Verfügung stehenden Rechtsmittel nutzen können***;

Or. en

Änderungsantrag 124
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag

Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen;	14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen; ***fordert die Kommission auf, mehr Transparenz mit Blick auf Verträge mit Dritten walten zu lassen; fordert die Kommission auf, sich stärker darum zu bemühen, so viele Informationen wie möglich über Ausschreibungsverfahren zu veröffentlichen;***

Or. pl

Änderungsantrag 125
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten ***der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU*** die Regel sein müssen und dass Ausnahmen ***von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen***;	14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten die Regel sein müssen und dass Ausnahmen ***zum Zeitpunkt der Erstellung der einschlägigen Dokumente festgelegt werden müssen und lediglich angewandt werden dürfen, wenn dies strikt notwendig und durch konkrete, tatsächliche und vorhersehbare Schäden gerechtfertigt ist***; ***fordert die Einrichtung eines unabhängigen Kontrollmechanismus, der die Praktiken der Klassifizierung und Deklassifizierung einer jährlichen Überprüfung unterzieht***;

Or. it

Änderungsantrag 126
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen;	14. betont, dass Transparenz und Zugang zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen, um eine öffentliche Kontrolle ***und demokratische Glaubwürdigkeit*** zu ermöglichen;

Or. fi

Änderungsantrag 127
Evin Incir

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. stellt mit Besorgnis fest, dass die Bürgerinnen und Bürger die Ablehnung eines Antrags auf Zugang zu Dokumenten oder das Ausbleiben einer zeitnahen und fristgerechten Antwort derzeit nur anfechten können, indem sie eine Beschwerde bei der Bürgerbeauftragen einreichen, deren Empfehlungen leider nicht rechtsverbindlich sind, oder indem sie gegen das betreffende Organ ein Gerichtsverfahren beim EuGH anstrengen, das mit einem extrem langwierigen und kostenintensiven Prozess mit ungewissem Ausgang verbunden ist, was für Bürgerinnen und

Bürger, die eine Entscheidung über die Verweigerung des (teilweisen) Zugangs anfechten wollen, eine unzumutbare und abschreckende Belastung darstellt; weist darauf hin, dass dies in der Praxis bedeutet, dass es keinen wirksamen Rechtsbehelf gegen einen abschlägigen Bescheid auf einen Antrag auf Zugang zu Dokumenten gibt; fordert die Organe der Union auf, den Entscheidungen und Empfehlungen der Bürgerbeauftragten dennoch vollständig und zügig nachzukommen; fordert die Organe, Einrichtungen, Ämter und sonstigen Stellen der Union auf, zugänglichere und weiter vereinfachte Verfahren für die Bearbeitung von Beschwerden über die Verweigerung des Zugangs zu Dokumenten sowie Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen bei Bedarf anfechten können, einzuführen; empfiehlt in diesem Zusammenhang die Benennung hoher Beamter oder unabhängiger Sachverständiger, die in der Lage sind, Beschwerden über Anträge auf Zugang zu Dokumenten ohne unangemessene Verzögerung zu prüfen; betont, dass die Belastung der Zivilgesellschaft mit hohen Anwalts- und Gerichtskosten mit Blick auf ihren Zugang zur Justiz in Verbindung mit dem Zugang zu Dokumenten eine abschreckende Wirkung hat, obwohl der Zugang zu Dokumenten ein Grundrecht ist, das in Artikel 42 der Charta verankert ist, und dass durch diese Belastung außerdem das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Artikel 47 der Charta beeinträchtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 128
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont die Verpflichtung, vollständige und genaue Aufzeichnungen über alle Handlungen zu führen, die Kommissionsmitglieder und Bedienstete der Kommission in Ausübung ihrer amtlichen Pflichten vornehmen; hält es für inakzeptabel, dass Sitzungen, an denen Kommissionsmitglieder und andere hochrangige Bedienstete in Ausübung ihrer amtlichen Pflichten teilnehmen – wie durch die Finanzierung von Reise-, Unterbringungs- und Tagegeldkosten aus dem Haushalt der Union bestätigt – unzureichend protokolliert werden und dass ihre Beratungen der Öffentlichkeit vorenthalten werden, wie dies bei der Teilnahme von Kommissionsmitgliedern an den Treffen der Bilderberg-Gruppe der Fall ist; betont, dass solche Praktiken den Grundsätzen der Transparenz und der öffentlichen Rechenschaftspflicht zuwiderlaufen und Fragen hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte und externer Einflussnahmen auf die Politik der Union aufwerfen; fordert die Kommission auf, genaue Protokolle solcher Sitzungen zu erstellen und für deren Transparenz und öffentliche Zugänglichkeit zu sorgen, was bislang nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 129
Georgiana Teodorescu, Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. unterstützt die Forderung der

Zivilgesellschaft, dass alle öffentlichen Anhörungen des Europäischen Gerichtshofs per Livestream übertragen werden, wie es bereits bei einigen nationalen und internationalen Gerichten der Fall ist, beispielsweise beim französischen Verfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte;

Or. en

Änderungsantrag 130
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. unterstützt die Forderung der Zivilgesellschaft, dass alle öffentlichen Anhörungen des Europäischen Gerichtshofs per Livestream übertragen werden, wie es bereits bei einigen nationalen und internationalen Gerichten der Fall ist, beispielsweise beim französischen Verfassungsgericht und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte;

Or. pl

Änderungsantrag 131
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert vollständige Transparenz in Bezug auf den Einsatz von Systemen der künstlichen Intelligenz bei den Beschlüssen und Verfahren der EU-

	Organe, einschließlich der Veröffentlichung detaillierter Informationen über Algorithmen, Schulungsdaten und Folgenabschätzungen;

Or. it

Änderungsantrag 132
Sophie Wilmès, Hilde Vautmans, Lucia Yar, Nikola Minchev, Malik Azmani

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. hebt hervor, dass es für die Bürgerinnen und Bürger ein Hemmnis für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Beantragung des Zugangs sein kann, wenn nicht bekannt ist, ob Dokumente tatsächlich vorhanden sind; betont, dass es in den Verträgen und in der Charta rechtlich vorgeschrieben und eine Grundvoraussetzung für demokratische Kontrolle und Demokratie insgesamt ist, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gesetzgebungsverfahren verstehen, detailliert nachvollziehen und sich daran beteiligen können;	15. hebt hervor, dass es für die Bürgerinnen und Bürger ein Hemmnis für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Beantragung des Zugangs sein kann, wenn nicht bekannt ist, ob Dokumente tatsächlich vorhanden sind; betont, dass es in den Verträgen und in der Charta rechtlich vorgeschrieben und eine Grundvoraussetzung für demokratische Kontrolle und Demokratie insgesamt ist, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gesetzgebungsverfahren verstehen, detailliert nachvollziehen und sich daran beteiligen können; ***fordert daher gezielte Sensibilisierungs- und Informationskampagnen auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene, um die Bürgerinnen und Bürger über ihre Rechte auf Zugang zu Dokumenten sowie über die bestehenden Instrumente und Verfahren zu informieren, mit denen sie diese Rechte ausüben können.***

Or. en

Änderungsantrag 133
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. hebt hervor, dass es für die Bürgerinnen und Bürger ein Hemmnis für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Beantragung des Zugangs sein kann, wenn nicht bekannt ist, ob Dokumente tatsächlich vorhanden sind; betont, dass es in den Verträgen und in der Charta rechtlich vorgeschrieben und eine Grundvoraussetzung für demokratische Kontrolle und Demokratie insgesamt ist, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gesetzgebungsverfahren verstehen, detailliert nachvollziehen und sich daran beteiligen können;	15. hebt hervor, dass es für die Bürgerinnen und Bürger ein Hemmnis für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Beantragung des Zugangs sein kann, wenn nicht bekannt ist, ob Dokumente tatsächlich vorhanden sind; betont, dass es in den Verträgen und in der Charta rechtlich vorgeschrieben und eine Grundvoraussetzung für demokratische Kontrolle und Demokratie insgesamt ist, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Bürgerinnen und Bürger das Gesetzgebungsverfahren***, einschließlich des Verfahrens in den vorbereitenden Gremien der Gesetzgebungsverfahren,*** verstehen, detailliert nachvollziehen und sich daran beteiligen können ***und Zugang zu allen einschlägigen Informationen haben***;

Or. en

Änderungsantrag 134
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Fabienne Keller, Malik Azmani, Irena Joveva, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass internationale Übereinkünfte rechtsverbindliche Wirkung entfalten und die Entwicklung der Rechtsvorschriften der EU prägen; besteht daher darauf, dass während des gesamten Verhandlungsprozesses vollständige Transparenz sichergestellt wird, indem den Mitgliedern des Europäischen Parlaments rechtzeitig und uneingeschränkt Zugang zu allen einschlägigen Dokumenten gewährt wird;

weist erneut darauf hin, dass das Parlament gemäß Artikel 218 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union „in allen Stadien des Verfahrens unverzüglich und umfassend zu unterrichten“ ist;

Or. en

Änderungsantrag 135
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die proaktive und rechtzeitige Veröffentlichung aller vorbereitenden Dokumente des Rates für interinstitutionelle Verhandlungen, einschließlich der Standpunkte der verschiedenen Mitgliedstaaten, der sogenannten vierspaltigen Dokumente und der ausgehandelten Texte internationaler Übereinkünfte, wobei die Veröffentlichung in allen Phasen der Beschlussfassung im Einklang mit den in den Verträgen und der Charta verankerten Grundsätzen der demokratischen Teilhabe als übliche Praxis einzuführen ist;

Or. it

Änderungsantrag 136
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass Transparenz mit Rechenschaftspflicht einhergehen muss;

fordert die Einführung jährlicher Prüfungen durch die Europäische Bürgerbeauftragte zur Überprüfung der Einhaltung der Transparenzpflichten durch die Organe, einschließlich spezifischer Fälle ungerechtfertigter Verweigerungen oder Verzögerungen bei der Gewährung von Zugang;

Or. en

Änderungsantrag 137
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass Transparenz und uneingeschränkter Zugang zu den Dokumenten der EU-Organe die Regel sein müssen und dass Ausnahmen von dieser Regel unter Berücksichtigung des übergeordneten Interesses der Öffentlichkeit an der Offenlegung streng ausgelegt werden müssen;

Or. pl

Änderungsantrag 138
Markéta Gregorová

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert ein benutzerfreundliches System auf der Website des Europäischen Parlaments, bei dem für jede namentliche Abstimmung der Text, über den abgestimmt wurde, und die Abstimmungsergebnisse nach Fraktion und MdEP gefiltert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 139
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert, dass immer dann, wenn ein angefordertes Dokument oder eine angeforderte Mitteilung Angelegenheiten von überwiegendem öffentlichen Interesse oder erhebliche Streitigkeiten wie die Verhandlungen über und die Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen betrifft, die Vermutung für eine vollständige Offenlegung sprechen sollte, wobei Ausnahmen nur aus konkreten und überwiegenden Gründen zulässig sind; fordert eine rasche Überprüfung in Fällen von Verweigerungen im Zusammenhang mit diesen Angelegenheiten;

Or. it

Änderungsantrag 140
Jadwiga Wiśniewska

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die EU-Organe auf, dem Urteil des EuGH in der Rechtssache T-540/1 über den Zugang zu Trilog-Dokumenten uneingeschränkt nachzukommen; fordert die EU-Organe, insbesondere den Rat, nachdrücklich auf, ihre Regeln und Verfahren zur Transparenz der Gesetzgebung zu verbessern;

Or. pl

Änderungsantrag 141
Veronika Cifrová Ostrihoňová, Malik Azmani, Lucia Yar, Nikola Minchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Feststellungen und Empfehlungen des Ausschusses zur Überwachung der Einhaltung des Übereinkommens von Aarhus sowie der Bürgerbeauftragten umzusetzen und ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Aarhus und die Rechtsstaatlichkeit achten sollten;

Or. en